

Anrufauto als Ergänzung zu Flexbus

SPD-Vorstoß: Mobilität der Älteren erhalten

SAMTGEMEINDE RODENBERG.

Hans-Dieter Brand, Vorsitzender der SPD-Fraktion der Samtgemeinde Rodenberg, hat einen Antrag gestellt, das bestehende Anrufauto-System zu erhalten. Ziel des Vorstoßes ist es, eine Koexistenz des vom Landkreis vorgeschlagenen Flexbus-Modells zu erreichen.

Die Mobilität werde in der heutigen Gesellschaft als entscheidender Faktor für die Lebensqualität angesehen und das Anrufauto vor allem von älteren Bürgerinnen und Bürgern genutzt, die auf eine flexible und individuelle Beförderung angewiesen seien. Hintergrund ist die geplante Einführung eines Flexbus-Systems durch den Landkreis, das droht, das bestehende Anrufauto zu verdrängen. Dies hat bei Bürgern der Samtgemeinde großen Unmut ausgelöst.

Die SPD-Fraktion will Mobilität nicht nur als Mittel verstanden wissen, um von einem Ort zum anderen zu gelangen, sondern auch als Instrument zur Förderung von generationenübergreifender Solidarität. Durch den Flexbus könnten Personen, die außerhalb der neuen Linienführung wohnen, von der gesellschaftlichen Teilhabe abgeschnitten werden. Diese Sorge betreffe vor allem die Orte Apelern, Soldorf, Altenhagen II, Messenkamp und Feggendorf, die auch mit dem neuen Modell weiterhin auf das Anrufauto angewiesen seien.

Das Anrufauto solle als ergänzende Mobilitätslösung zum geplanten Flexbus-System betrachtet werden. Besonders für ältere Menschen, die den Bad Nenndorfer Bahnhof oder Fachärzte erreichen müssten, bleibe es unverzichtbar. Das Flexbus-System wäre zwar in der Lage, zwischen Lauenau, Rolfshagen und Buchholz stündliche Verbindungen anzubieten, decke jedoch nicht alle Mobilitätsanforderungen der Einwohner ab.

„Der Erhalt des Anrufautos als Ergänzung zum Flexbus ist daher von immenser Bedeutung, um den älteren Bürgern weiterhin Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen“, betont Brand

im Namen seiner Fraktion. Dessen Betriebskosten seien überschaubar.

Ähnlich hatten sich auch bereits der Rodenberger Se-

niorenbeirat und der Behindertenbeirat positioniert. Der Jugendbeirat wiederum favorisiert den Flexbus. Anfang 2025 will die Politik entscheiden, wie es weitergeht – mit Anrufauto, mit einem abgespeckten Anrufauto oder doch ganz ohne.

Der Landkreis will seinen Zuschuss zum Anrufauto ab Frühjahr 2025 streichen, weil dieses dem Flexbus Konkurrenz machen würde. Dann müsste die Samtgemeinde Rodenberg dafür etwa 15000 Euro pro Jahr mehr bezahlen.

gus

➔ **Durch den Flexbus könnten Personen von der gesellschaftlichen Teilhabe abgeschnitten werden.**

Hans-Dieter Brand
SPD-Fraktionssprecher